

Profectus Personal GmbH erhält nach bestandenem Audit auch 2013 das Qualitätssiegel Zeitarbeit

Gelebte unternehmerische Verantwortung wird ausgezeichnet



An einem heißen Tag im August war es wieder so weit. Ein freiwilliges Audit für die Verlängerung des „Qualitätssiegel Zeitarbeit“ bei Profectus, stand an. „Als Prüfer war ich sehr gespannt, wie sich das Unternehmen nach den veränderten Marktbedingungen durch die Branchenzuschläge entwickelt hat“, fragte sich Norbert Fuhrmann auf der Fahrt nach Reichenbach. Durch die Einführung von Zuschlagstarifen für bestimmte Branchen sind im Prüfkatalog der I.Q.Z einige Kriterien hinzu gekommen.

Die korrekte Handhabung bzw. Umsetzung der Branchenzuschlagstarife auf der Kunden- und Mitarbeiterseite ist seit deren Einführung ein wichtiges Thema in der Prüfung. Hier konnte Profectus bescheinigt werden, dass die Umsetzung für die 400 beschäftigten Mitarbeiter vorbildlich und korrekt war. Weder tarifliche Herabstufungen noch unzulässige Verrechnungen wurden festgestellt. Ein weiterer Schwerpunkt war das Thema, ob LFZ und Urlaub korrekt gegenüber den Mitarbeitern abgerechnet wurde. Auch

hier konnte bescheinigt werden, dass vorbildlich nach Tarif und Gesetz bezahlt wird. Bemerkenswert war die Tatsache, dass trotz erhöhter Löhne durch die Branchenzuschläge Mitarbeiter noch weitere Zulagen erhalten.

Profectus gehört zu den Unternehmen, die nicht nur schöne Werbesprüche auf ihrer Homepage haben, sondern auch in der gelebten Realität das, was sie versprechen halten. „Es gehört zu den Unternehmen, denen wir als Prüfinstitut eine unternehmerische Verantwortung bescheinigen können“ bemerkt Norbert Fuhrmann. Deshalb verleihen wir Profectus auch in diesem Jahr wieder das Qualitätssiegel faire Zeitarbeit.

Seitdem sich Profectus vor Jahren freiwillig den CSR Kriterien der Zeitarbeit im Rahmen eines Audits gestellt hat, ist das Unternehmen rasant gewachsen. Neutral geprüfte unternehmerische Verantwortung zahlt sich halt aus.

Profectus Personal mit Sitz in Reichenbach ist der einzige Personaldienstleister in den Regionen Westsachsen, Vogtlandkreis, Erzgebirge, Ostthüringen und Oberfranken, der nach den anerkannten CSR-Kriterien für Zeitarbeit zertifiziert ist. Durch das Qualitätssiegel Zeitarbeit wird Seriosität, Fairness und unternehmerische Verantwortung dokumentiert.

Dies bietet Sicherheit für die Kunden des Unternehmens.



Mythen der Zeitarbeit (Teil 2) – „Zeitarbeit ein zunehmendes Massenphänomen“

Die BDA-Studie über „Realität am deutschen Arbeitsmarkt“ zeigte, dass Zeitarbeit kein Massenphänomen ist. Der Anteil an allen Erwerbstätigen (41,8 Millionen) liegt bei rund 1,7 Prozent, heißt es im BDA (Bundesverband Deutscher Arbeitgeberverbände). Auch die realen Zahlen beweisen, dass aktuell ca. 700.000 Leiharbeiter in Deutschland beschäftigt sind. Das sind rund 200.000 weniger als der bisherige Höchstwert. Damit sinkt der prozentuale Anteil am Gesamtarbeitsmarkt, in dem die Zahl der versicherungspflichtigen Beschäftigten in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen ist. Diese Zahlen beweisen, dass die Unternehmen verantwortlich mit dem Instrument der Zeitarbeit umgehen und diese vor allem für Auftragsspitzen, Vertretungen und zur Personalrekrutierung nutzen.

Fakten sind stärker als Vorurteile und falsche Polemik. Deshalb werden wir die Reihe „Mythen der Zeitarbeit“ in den nächsten Ausgaben fortführen.

Impressum: Profectus Personal GmbH

Goethestraße 27 · 08468 Reichenbach
Tel.: 03765 52150-0 · Fax: 03765 52150-55
info@profectus-personal.de · www.profectus-personal.de

Redaktion: AIP

Klingenbergstraße 88
26133 Oldenburg

Sämtliche Bezeichnungen in dieser Kundenzeitung richten sich selbstverständlich an beide Geschlechter.



PROFECTUS PERSONAL



Personalwesen Wirtschaft Politik Recht

Der Tag der Entscheidung naht ...

Werte Geschäftspartnerinnen, wertige Geschäftspartner,

jetzt sind es nur noch wenige Tage bis zur Bundestagswahl. Umfragen und Prognosen sind zur Genüge durch die Medien gegeistert. „Zum Ausklang“ möchten wir Sie nachfolgend über die jeweilige parteipolitische Quintessenz zum Thema Zeitarbeit und den zu erwartenden Konsequenzen informieren:



Die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland ist so hoch wie schon lange nicht mehr. Das haben wir auch der Zeitarbeit zu verdanken. Gleichzeitig war die Zeitarbeit neben der Kurzarbeit für viele Unternehmen eine wichtige Hilfe, um gut durch die Krise zu kommen und auch auf den Aufschwung schnell reagieren zu können.



Aus den Missbrauchsfällen der Vergangenheit muss verantwortungsvolle Politik die Konsequenzen ziehen. Es soll wieder der Grundsatz gelten, dass Leiharbeiter bei wechselnden Unternehmen eingesetzt werden, aber unbefristet bei den Leiharbeitsunternehmen beschäftigt werden.



Die FDP will Zeitarbeit als flexibles Instrument am Arbeitsmarkt und Beschäftigungsmotor erhalten.



Durch die Umsetzung des Grundsatzes des Equal-Pay ab dem ersten Tag wollen wir die Anreize zum dauerhaften Einsatz von Leiharbeitskräften als Ersatz von Stammbeschäftigten abschaffen, nicht aber die Leiharbeit an sich.



„Auf lange Sicht fordern wir aber das Verbot von Leiharbeit. Denn, auch wenn Leiharbeitskräfte gleich bezahlt werden, genießen sie im Einsatzbetrieb keinen Kündigungsschutz.“

So verschieden sich die Parteien auch positioniert haben, so honorieren die Aussagen die Verdienste der Leiharbeit und eröffnen auch für die Zukunft der deutschen Wirtschaft die Möglichkeit dieses Flexibilisierungsinstrument zu nutzen. Das es auch in Zukunft Veränderungen in der Ausgestaltung aufgrund von Missbrauchsfällen und der soziologischen Entwicklung geben wird ist klar und auch wünschenswert.

Profectus stand bisher und wird auch in Zukunft für eine rechtskonforme und faire Arbeitnehmerüberlassung stehen. Somit sehen wir allen möglichen Regie-

rungstkonstellationen ohne Beteiligung der Linkspartei optimistisch entgegen. Und schon manches Säbelraseln und unsachliche Polemik des Wahlkampfes wurde von der Realität des Regierungsalltages eingeholt. Was allerdings alle bedeutenden Parteien einigt, ist das Bekenntnis zum Wirtschaftsmotor Zeitarbeit.

Sie sind noch kein Kunde der Profectus Personal GmbH, dann testen Sie uns. Zur Kontaktaufnahme und Terminvereinbarung steht Ihnen unser Vertriebsteam gern zur Verfügung.

Wir – als ihr kompetenter Personaldienstleister – stehen für Flexibilität und Qualität zu angemessenen Konditionen bei bestmöglicher Bezahlung unserer Mitarbeiter. Wir freuen uns auf die gemeinsame Zusammenarbeit!

Resonanz auf Blue Card

Vor einem Jahr wurde die neue Blue Card zur Zuwanderung von Fachkräften nach Deutschland eingeführt, bislang mit gemischter Resonanz. Insbesondere für Fachkräfte im Ausland scheint der Anreiz gering zu sein. Von den bislang fast 9000 genehmigten Blue Cards gingen 70 Prozent an Ausländer, die sich schon vorher in Deutschland aufgehalten hatten. Diese waren nach Aussagen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge aus einem anderen vorherigen Aufenthaltsstatus gewechselt. Ein Chance wahrgenommen haben bis zur Jahresmitte darunter knapp 1.500

Studierende, die direkt nach dem Studium oder über eine kurze Suchphase eine passende Stelle gefunden haben und dafür eine Blue Card erhielten. Daneben gelang es 764 Fachkräften, nach dem Abschluss einer betrieblichen Ausbildung in ein Beschäftigungsverhältnis zu wechseln und darüber eine Blue Card zu erhalten.

Das Ziel der Blue Card ist, den Fachkräftebedarf in Deutschland zu decken. Zum 01. August 2012 wurden die Bedingungen angepasst. Seitdem reicht ein Jahresgehalt von 46.400 Euro für ausländische Akade-

miker, bei Mangelberufen reichen 36.200 Euro. Nach Auswertung des Ministeriums kamen die meisten Blue Card Inhaber aus Indien (knapp 2000), gefolgt von China und Russland.



Positive Signale vom Arbeitsmarkt



Der deutsche Arbeitsmarkt trägt weiter seinen Teil dazu bei, dass die internationalen Krisen und Risiken

Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen sieht den deutschen Arbeitsmarkt grundstabil. Anlässlich der jüngsten Zahlen sagt sie: „Die Ausgangslage für den Herbst ist gut, der deutsche Arbeitsmarkt trägt weiter seinen Teil dazu bei, dass die internationalen Krisen und Risiken

nicht auf Deutschland übergreifen.“ Zum Juli 2013 meldete die Bundesagentur für Arbeit eine Arbeitslosenzahl von 2.914.000 (+49.000 gegenüber dem Vormonat, +38.000 gegenüber dem Vorjahresmonat). Die Arbeitslosenquote beträgt demnach 6,8 Prozent. Laut von der Leyen sei die leicht gestiegene Arbeitslosigkeit allein auf die einsetzende Sommerpause zurückzuführen, in der Arbeitgeber mit Einstellungen abwarteten. Die Nachfrage nach Arbeitskräften scheint sich laut der Bun-

desagentur für Arbeit langsam auf gutem Niveau zu stabilisieren. Im Juli waren 444.000 Arbeitsstellen bei der Agentur gemeldet. Das sind 56.000 weniger als vor einem Jahr. Besonders gesucht sind zurzeit Fachleute in den Bereichen Mechatronik, Energie und Elektro, Metall-, Maschinen- und Fahrzeugbau sowie Verkauf, Logistik und Gesundheit.

Plädoyer für weitere Öffnung der EU-Arbeitsmärkte nach Osten

Das Institut zur Zukunft der Arbeit (IZA) empfiehlt eine weitere Öffnung der EU-Arbeitsmärkte nach Osteuropa. Davon würden sowohl die Herkunftsländer als auch die Mitgliedsstaaten der EU profitieren. Das Institut untersuchte die Staaten der so genannten Östlichen Partnerschaft der EU - Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Moldawien, Ukraine und Weißrussland.



Die Analyse ergab, dass eine schrittweise Liberalisierung des Zugangs zu den EU-Arbeitsmärkten das Wirtschaftswachstum stärken und das Inflationsrisiko senken würde, ohne dass ein Anstieg der Arbeitslosigkeit zu befürchten wäre. Selbst bei einer vollständigen Öffnung wäre nur mit einem moderaten Anstieg der Zuwande-

rungszahlen zu rechnen. Allerdings seien laut dem IZA geeignete politische Maßnahmen nötig, um die Zuwanderung insbesondere Hochqualifizierter zu erleichtern und die Integration der Arbeitsmigranten zu fördern.

Für Deutschland sehen die Forscher das größte Manko in der Übertragbarkeit ausländischer Qualifikationen. Die bisher aus-

den östlichen Ländern zugewanderten Personen seien im Schnitt jünger und besser qualifiziert als Einheimische und EU-Ausländer auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Dies gelte insbesondere für die Ukraine. Nichtsdestotrotz seien sie vergleichsweise häufig arbeitslos oder unter ihrem Qualifikationsniveau beschäftigt.

Laut IZA-Direktor Zimmermann ist die Angst vor einer Armutszuwanderung aus Osteuropa unbegründet. „Wenn es uns gelingt, die Zuwanderung intelligent zu steuern und bestehende Integrationshemmnisse abzubauen, können alle Seiten nur profitieren“, so Zimmermann anlässlich der Vorstellung des Abschlussberichts bei der Europäischen Kommission in Brüssel.

Kaffeesteuer spült eine Milliarde in Staatskasse

Im Jahr 2012 hat der Bund über die Kaffeesteuer 1,05 Milliarden Euro eingenommen. Dies gab das Statistische Bundesamt jüngst bekannt. Der Kaffeekonsum der Deutschen ist relativ stabil: Im Rekordjahr 1994 flossen 1,16 Milliarden in die Staatskasse, im schwächsten Jahr 2006 hingegen 0,97 Milliarden.

Die Kaffeesteuer wird seit dem 1. Januar 1993 mit einheitlichen Steuersätzen erhoben. Auf Röstkaffee entfallen 2,19 Euro je Kilogramm, auf löslichen Kaffee 4,78 Euro je Kilogramm. Zusätzlich werden koffeehaltige Waren bei der Einfuhr in das deutsche Steuergebiet gemäß ihrem Kaffeeanteil besteuert.



E-Government-Gesetz tritt in Kraft

Zum 1. August ist das Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung, kurz E-Government-Gesetz, in Kraft getreten. Für Bürger und Wirtschaft sollen damit Behördenangelegenheiten einfacher werden, weil jedermann unabhängig von Ort und Öffnungszeiten mit der Verwaltung in Kontakt treten könne.

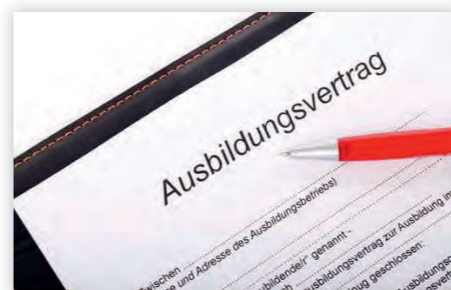
„Mit dem E-Government-Gesetz kann die Verwaltung den Bürgern endlich das bieten, was für Unternehmen im E-Commerce längst als selbstverständlicher Standard gilt“, erklärte die IT-Beauftragte der Bundesregierung, Staatssekretärin Cornelia Rogall-Grothe. Das bedeute, Leistungen der

Verwaltung überall und rund um die Uhr zu beantragen, zu überprüfen oder direkt herunterzuladen.

Durch das Gesetz sind die Behörden nun aufgefordert, Bürgern und Wirtschaft eine elektronische Bezahlungsmöglichkeit, elektronische Akteneinsicht bei elektronischer Aktenführung und umfangreiche Online-Informationen anzubieten. Gleichzeitig gibt es neue Möglichkeiten, die eID-Funktion des neuen Personalausweises zu nutzen. Über Webformulare der Behörden kann nun die Identität nachgewiesen werden. Damit sollen sich viele Wege- und Wartezeiten ersparen lassen.



Neue Ausbildungsordnungen für zwölf Berufe



Mit dem Beginn des Ausbildungsjahres zum 01. August 2013 hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie zwölf modernisierte Ausbildungsordnungen in Kraft treten lassen. Darunter befinden sich

zwei neu eingeführte Berufe. Neuerungen gab es beispielsweise beim Mediengestalter Digital und Print, in dem die bisherigen Ausbildungsberufe Dekorvorlagenhersteller, Fotolaborant und Fotomedienlaborant aufgegangen sind. In den Ausbildungsberuf zum Kraftfahrzeugmechatroniker geht der Mechaniker für Karosserieinstandhaltungstechnik auf. Zudem werden neue Techniken der Hochvolttechnologien bei Hybrid und Elektrofahrzeugen in die Ausbildung mit aufgenommen.

Eine neue Berufsbezeichnung ist der Elektroniker für Informations- und Systemtechnik. Er tritt an Stelle des Systeminformati-

kers. Hierdurch wird die Zugehörigkeit zu einem industriellen Elektroberuf verdeutlicht, der zusammen mit den Industrieelektrikern und vier weiteren Ausbildungsgängen der Elektroindustrie eine Berufsgruppe bildet. Weitere Neuerungen gibt es u.a. beim Werkstoffprüfer, dem Weintechnologen und dem Klempner.

Neu hinzugekommen ist der zweijährige Ausbildungsberuf Fachkraft für Metalltechnik und der dreijährige Stanz- und Umformmechaniker. Der gleichzeitige Wegfall von elf Altberufen soll die Übersichtlichkeit für Betriebe und Bewerber erhöhen.

Neue Beschäftigungsverordnung lädt Zuwanderer ein

Zum 01. Juli dieses Jahres ist eine neue Beschäftigungsverordnung in Kraft getreten. Damit steht auch die Positivliste für Ausbildungsberufe fest, mit denen Zuwanderer außerhalb der Europäischen Union Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt haben. Neben der Blue Card für Hochqualifizierte soll damit eine zweite Säule zur Sicherung des deutschen Fachkräftebedarfs über qualifizierte Zuwanderung geschaffen werden.

Voraussetzung für die Zulassung der Fachkräfte zur Einreise- und Arbeitserlaubnis ist, dass die im Ausland erworbene Berufsqualifikation mit einer deutschen Ausbildung gleichwertig ist und in dem entsprechenden Beruf ein Engpass besteht. Das bedeutet, dass auf dem deutschen Arbeitsmarkt entsprechende Fachkräfte einer bestimmten Ausbildung fehlen müssen. Diese Berufe werden von der Bundesagentur für Arbeit (BA) ermittelt und auf einer Positivliste festgehalten, welche regelmäßig angepasst wird. Die Arbeitsbedingungen müssen bei den angebotenen Stellen denen vergleichbarer inländischer Beschäftigter entsprechen.

Aktuell stehen beispielsweise Berufe der Mechatronik, der Klempnerei, der Kranken- und Altenpflege auf der Liste. Ausgeschlossen



ist die Zuwanderung von Fachkräften aus Pflegeberufen jedoch dann, wenn in ihren Heimatländern nach Festlegung der WHO selbst ein Mangel an Gesundheitsfachkräften besteht.

Die jeweils aktuelle Positivliste ist auf der Homepage der Zentrale für Auslands- und Fachvermittlung der BA zu finden.